

Preisträger 2012 – Kategorie  
„Umweltengagement“

**BERLINER  
UMWELTPREIS  
DES BUND**



**Berlin, den 5.6.2020**

## **Bericht über das Treffen von Mitgliedern der Bürgerarbeitsgemeinschaft am 4.6.2020 von 15 bis 16:45 h im Kieztreff**

Teilnehmer: Silvia Michel, Christian Frick, Winfried Lätsch, Gerhard Niebergall, Helmut Schmidt, Eberhard Speckmann,

**Nach Hinweisen** von Silvia Michel haben wir uns zu der geplanten Einrichtung und zu ersten Beschlüssen beraten, die zu einer gemeinsamen Runde des Bezirks Steglitz-Zehlendorf mit den Nachbargemeinden im Land Brandenburg zur gegenseitigen Information und Abstimmung führen sollen. Nach dem gegenwärtigen Stand sollen aus der BVV Vertreter der Parteien außer der FDP und der Linken benannt werden. Es bestand in unserer Runde Einigkeit, dass die Vertretung der BVV durch Mitglieder aller Parteien sichergestellt werden sollte. Zwar sind für 6 Sitze im Ausschuss Mitglieder aus der BVV zu nominieren, das d´Hondt´sche Verfahren zur Auswahl der Nominierten ist daher hier nicht zwingend anzuwenden, da es sich nicht um eine Wahl, sondern um die Benennung von VertreterInnen handelt für ein rein informell arbeitendes Gremium ohne die Kompetenz, für beide Seiten bindende Beschlüsse zu fassen. CDU und Grüne wollen nach d´Hondt für CDU und SPD je zwei Vertreter und bei den GRÜNEN und der AfD je einen Vertreter, FDP und Linke wären nicht vertreten. CDU und GRÜNE wehren sich gegen eine paritätische Besetzung, weil die CDU unbedingt 2 Vertreter haben will. Der Rechtsaußen spielende Torsten Hippe begründete dies damit; dass er kein Experte in dieser Zusammenarbeit sei und deshalb aus der CDU ein zweiter Vertreter teilnehmen müsse, auf ihn selbst könne man nicht verzichten. Diese Haltung ist bei einer beratenden und nicht beschließenden Runde mit den Nachbarn kein Zeichen von fairem demokratischem Miteinander. CDU und GRÜNE müssen sich fragen lassen, ob Wähler nicht gleich das Original wählen werden. Das Verhalten der CDU ist umso erstaunlicher, da der seinerzeit im Bezirk zuständige CDU-Stadtrat für Stadtentwicklung, Norbert Schmidt, zu seiner Überraschung über Pläne der Nachbarn vom Aktionsbündnis Landschaftspark Lichterfelde Süd informiert werden musste. Das an sich ja endlich löbliche Interesse der CDU an einem Informationsaustausch mit den Nachbarn im Land Brandenburg führt jetzt zum Ausschluss von FDP und Linken. Aber vielleicht fühlt sich dabei ein unverzichtbarer Rechtsaußen auch wohler als mit FDP und LINKEN.

## **Der Stand der gerichtlichen Auseinandersetzung mit dem Bezirksamt**

ist seit Ende März/Anfang April unverändert und wir unterstützen Christian Frick in seiner Haltung, ein Urteil zu erwirken. Die Rechtsauffassung des Richters scheint an den Formulierungen des Informationsfreiheitsgesetzes (IfG) vorbei zu gehen. Er lehnt bisher eine Aussage ab, die für zukünftige Auskunftsbegehren gültig ist. Danach müssten wir für jede Auskunft eine neue Klage einreichen – jedes Urteil würde durchaus Jahre dauern und würde den Intentionen des Gesetzgebers beim IfG entgegenstehen. Das BA Steglitz-Zehlendorf kann nur durch ein sogenanntes Fortsetzungsfeststellungsurteil gezwungen werden, das IfG endlich zu beachten: die Möglichkeit zur Einsichtnahme in alle Akten der Bauleitplanung wäre für alle an einer gesunden Stadtentwicklung interessierten Bürgerinnen und Bürger eine Selbstverständlichkeit – zum Nutzen auch der Bauherren.

**Einen Gedenk- und Lernort** in einem authentischen Gebäude strebt das Aktionsbündnis seit Beginn der gemeinsamen Initiative mit der VVN/BdA an und hat seit 10 Jahren auf die Nazi-Vergangenheit des Geländes und konkret auf das StaLag III D hingewiesen. Das Bezirksamt und die BVV-Mehrheit aus CDU, Grünen und AFD lehnen es ab, das Grundstück Landweg 3/5A mit der als authentischen Gedenk- und Lernort geeigneten Baracke in Bezirksregie zu übernehmen. Kultursenator Lederer hält sich bedeckt. Lange nach dem Abschluss der Workshops zur Städtebaulichen Entwicklung ist der Grundstückseigentümer Groth durch die gemeinsame Initiative gezwungen worden, sich mit der Vergangenheit der Parks Range zu befassen. Seine Ziele sind mit einem angemessenen und umfänglichen Gedenken an die unrühmliche Vergangenheit in Lichterfelde Süd unvereinbar. Am „runden Tisch“ der Groth-Gruppe zum Lern- und Gedenkort mit Vertretern von Denkmalbehörden und der Zivilgesellschaft dürfen nach Entscheidung der Groth-Gruppe keine Vertreter des Aktionsbündnisses Lichterfelde Süd teilnehmen. Die Vertreter des IKZ stimmten am „runden Tisch“ zu, dass die Baracke Landweg 3/5A nicht als Lern- und Gedenkort entwickelt wird, sondern nur als Depot genutzt werden soll. Eine Finanzierungszusage der Groth-Gruppe über 20 T€ reicht dafür auch in keiner Weise aus. Das Aktionsbündnis Lichterfelde Süd fordert den Kultursenator und das Bezirksamt auf, die Voraussetzungen zu schaffen, damit am Standort Landweg 3/5A ein historischer Lern- und Gedenkort am authentischen Ort eingerichtet und nachhaltig betrieben werden kann!

**Ausgleichsmaßnahmen zum Naturschutz** laufen nach Auskunft des BUND weiter und sind logischerweise vor Beginn der Baumaßnahmen vorzunehmen. Sie werden immer fragwürdiger, je länger sich das Planungsverfahren hinzieht. Der BUND fürchtet, dass die Ausgleichsmaßnahmen wieder zurückgenommen werden müssen, falls nicht in nächster Zeit gebaut wird. Das wäre sicherlich das Ende der Population der Zauneidechsen. Derzeit werden weitere Populationen der Zauneidechse gefangen mit dem Ziel der Umsetzung. Allerdings bestehen erhebliche Bedenken, ob die gegenwärtige Methode nicht eher zur Vernichtung der Population führen wird, da die in

offenen Eimern gefangenen Eidechsen ein leichtes, willkommenes Fressen für Fuchs, Wildschwein und andere ist. Wir fordern ein Monitoring zum Erfolg oder Misserfolg der laufenden Maßnahmen. Diskutiert wurden auch die Kosten der Ausgleichsmaßnahmen, die auch Zahlungen an Pächter und Nutzer der Ausgleichsflächen betreffen.

**Der Antrag auf ein unabhängiges Klimagutachten** wird im Juni in mehreren Ausschüssen der BVV beraten. Allerdings werfen Aussagen der Bürgermeisterin und der Leiterin der Stadtplanung, dass bereits alle vorliegenden Gutachten zu Klima, Lärm und Verkehr abgewogen sind, die Frage auf, ob ihre Aussagen überhaupt zutreffen können. Denn die Stellungnahme der Senatsverwaltung für Umwelt liegt erst seit kurzer Zeit vor. Diese Stellungnahme hat alle vorherigen Gutachten infrage gestellt, die Grundlage der Aussagen der beiden Damen sind. Welche Folgen dies für die Zukunft des B-Plan 6-30 hat, ist ungewiss. Es verwundert sehr, dass sich Politiker der GRÜNEN dieser Argumentation anschließen, bzw. sich nicht öffentlich dagegenstellen. Das Klimaproblem nicht nur der Thermometersiedlung ist allen bekannt, es wesentlich zu verschärfen, widerspricht allen vehement geforderten klimawirksamen Maßnahmen aller Parteien.

Ein von der Bauplanung betroffener Bürger mit beruflichen und fachlichen Kenntnissen arbeitet an einer Ideenskizze für ein Entlastungspaket der Thermometer-Siedlung und an Ideen für bauökologische Auflagen des Groth-Projekts in Lichterfelde Süd. Wir laden ihn herzlich zur Mitwirkung ein.

Dies kann in der nächsten, hoffentlich wieder großen und repräsentativen Runde der Bürgerarbeitsgemeinschaft geschehen.

Wir werden spätestens eine Woche vorher klären, unter welchen Randbedingungen oder überhaupt eine große Runde möglich sein wird. Wir sind bemüht, uns wieder zur alten Zeit um 18 Uhr zu treffen und informieren Sie über das Abstimmungsergebnis mit der Leiterin des Kieztreff eine Woche vor dem Termin.

Ihnen allen wünschen wir mit Abstand eine gesunde Zeit und ein Wiedersehen im Juli

Helmut Schmidt  
für die Runde